

# Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur Ernst Bittmann, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Plunioh, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pannsch & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprechnummer 1111. — Für Inserate 1567, für die Redaktion 1794, für den Verlag und die Druckerie 961. — Zeitungsverkaufspreis 428.

Bezugspreis: Vierteljährlich einschl. Zustellung 3 Mk., monatlich 1 Mk. Beim Abholen vom Verlag und bei Ausgabestellen vierteljährlich 2,70 Mk., monatlich 90 Pf. Bei den Postanstalten vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,00 Mk., ohne Beleggeld. Einzelne Nummern 10 Pf. — Anzeigengebühr: die gespaltene Spaltenzeile 25 Pf., Anzeigen von auswärts 30 Pf., im Reklameteil Zeile 1,00 Mk. Anzeigen-Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. — Postfachnummer: Nr. 5258 Berlin.

Nr. 169.

Magdeburg, Sonntag den 22. Juli 1917.

28. Jahrgang.

## Wer führt?

Sein in Friedenszeiten hat man das Deutsche Reich mitunter als eine müßerhaft verwaltete Anarchie bezeichnet. Der Widerspruch, der in dieser Bezeichnung liegt, ist nur scheinbar. Denn Verwalten ist etwas ganz anderes als Regieren, ein gut verwalteter Staat kann miserabel oder überhaupt nicht regiert sein, und dann ist er eben trotz seiner guten Verwaltung eine Anarchie.

Wessen Willen gibt bei der Regierung des Deutschen Reiches eigentlich den Ausschlag? Wo sind zwischen Kaiser, verbündeten Regierungen und Reichstag die Grenzen ihrer Machtbereiche abgesteckt? Das

liegt gänzlich im dunkeln,

und der Wortlaut der Verfassung steckt einem darüber auch kein Licht auf.

Der Reichstag hat mit 212 gegen 116 Stimmen (das vereinigte Fühlein der Annerzionisten und Unabhängigen) eine Resolution angenommen, die der Regierung für ihre künftigen Friedensverhandlungen Richtlinien vorschreibt. Diese Resolution bedeutet verfassungsrechtlich nichts, denn nach der Verfassung ist der Friedensschluß Sache des Kaisers. Tatsächlich bedeutet diese Resolution aber alles, denn keine kaiserliche Regierung wird bei künftigen Friedensverhandlungen instande sein, anders als nach den Richtlinien des Reichstags zu verfahren. Man kann nicht von Regierung wegen gewalttätige Gebietsabtretungen und Kontributionen verlangen, wenn sich die eigene Volksvertretung gegen ein solches Verlangen ausgesprochen hat. Unre alldeutschen Weltverschlinger zumal sind ja ganz gewiß besonders forsche Kerle, und kürzlich hat noch der Bizeadmiral außer Dienst Kirchhoff jeden als eine erbärmliche Philisterseele bezeichnet, der auf die Annerzion von Calais und Boulogne verzichten wollte. Vorausgesetzt nun, daß dieser Herr solche Forderungen gegen England, Rußland, Frankreich, Amerika usw. durchzusetzen instande ist — gegen den Deutschen Reichstag kann er es doch nicht. Allen annerzionistischen Bestrebungen ist durch den Beschluß des Reichstags die Spitze abgebrochen, und sie wirken jetzt nur noch lächerlich.

Die Annahme des Friedensprogramms durch den Reichstag war also zweifellos eine führende Tat.

Kann man aber deswegen sagen, daß der Reichstag wirklich die Führung der Reichsangelegenheiten an sich genommen habe? Das ist keineswegs der Fall. Nach der Kräfteprobe vom 19. Juli ist sofort wieder ein Rückfall zur Schwäche eingetreten, und der Reichstag hat sich, noch bevor die Rekonstruktion der Regierung vollendet ist, bis zum 26. September vertagt. Die Sozialdemokraten hatten gegen diese Vertagung ihre Bedenken, handelten aber, nachdem der Beschluß des Kabinetts-Rates gefaßt war, wie es parlamentarischer Brauch ist, in seinem Sinn und ließen den Unabhängigen den billigen Ruhm, ebenso öffentlich wie nutzlos dagegen zu protestieren.

Einen Trost gewährt es, daß der Reichstag dem Präsidenten die Ermächtigung erteilt hat, ihn auch schon zu einem früheren Termin einzuberufen, falls sich das Bedürfnis dazu ergebe. Es ist also bei den gegenwärtigen sehr vermorrenen Zeitläuften durchaus nicht unwahrscheinlich, daß der Reichstag doch sehr bald wieder zusammentritt. Würde eine starke Gruppe des Parlament dem Wunsch, nach einer früheren Einberufung energigsten Ausdruck geben, so würde der Präsident ihm schwerlich widerstehen können. Die Regierung muß also mit der Möglichkeit rechnen, daß ihr der Reichstag ganz plötzlich auf den Kopf kommt, falls sich in den Ferien etwas ereignen sollte, was den

besondern Unmut weiter Volkstreu

erregt. Darum wird es, während der Reichstag vertagt ist, durchaus nicht so sein, als ob er überhaupt nicht vorhanden wäre.

Reichskanzler Michaelis hat in Aussicht gestellt, daß geeignete Persönlichkeiten, die das Vertrauen der Volksvertretung genießen, zu hohen Reichsämtern berufen werden könnten. Für Sozialdemokraten bedeutet wohl eine derartige Berufung nach beiderseitigem Einverständnis von vornherein aus. Aber auch bürgerliche Parlamentarier würden nicht, ohne den stärksten Widerspruch zu erregen, Reichsämter übernehmen können, solange nicht ihre vollständige Verantwortlichkeit vor dem Reichstag hergestellt

ist. Nach der bisherigen Auffassung sind die Staatssekretäre nicht die Kollegen, sondern die Untergebenen des Reichskanzlers. Es sollte keinem bürgerlichen Parlamentarier befallen, seine Stellung als freier Volksvertreter aufzugeben, um in ein Untergebenheits-Verhältnis zum Reichskanzler einzutreten.

Michaelis hat nun die Frage, die über diesen Ausführenden steht, herzhast beantwortet, indem er versicherte, die Führung habe er. Das ist aber einstweilen eine vollkommene

unbewiesene Behauptung.

Richtig wäre sie erst, wenn der Reichskanzler seine persönlichen Auffassungen nach allen Seiten hin, besonders auch gegenüber der Krone und der Obersten Heeresleitung, durchzusetzen willens und instande wäre. Ein Führer in diesem Sinne war Bismarck, er hat oft, um seinen Willen durchzusetzen, mit seinem König und mit der Heeresleitung geungen, und er hat dabei Erfolg gehabt. Aber dieser Erfolg ist ihm nicht über Nacht gekommen. Den konnte er erst erringen, als er sich durch seine starke Persönlichkeit und sein Glück im eignen Volke wie im Ausland den Ruf eines großen Staatsmanns erworben hatte. Was Bismarck in seiner Blütezeit geleistet hat, kann ein neuer Kanzler nicht leisten, und trübe sein Geist auch die Züge Bismarcks.

Dazu kommt, daß die Stellung des jetzigen Reichskanzlers gegenüber dem Reichstag eine ganz andre ist, als es die des ersten war. Der Reichstag war Bismarcks Geschöpf. Michaelis ist zwar nicht das Geschöpf des Reichstags, aber er kann doch nur so lange im Amte bleiben, als ihm der Reichstag bei der Führung seiner Geschäfte nicht ernste Schwierigkeiten macht. Das Führer Verhältnis zwischen Reichstag und Reichskanzler hat sich sehr zugunsten des Reichstags verschoben.

Der Reichstag hat durch seinen Beschluß vom 19. Juli gezeigt, daß er führen kann. Jetzt muß er zeigen, daß er, was er kann, auch will.

Es geht nicht, am allerwenigsten in der gegenwärtigen Zeit, daß am Reichswagen ein paar Pferde vorne und ein paar hinten angespannt werden. Das homerische Wort, daß die Vielherrschaft ein Unglück sei, und daß nur einer regieren solle, trifft richtig verstanden auch heute noch zu, wo in allen zivilisierten Staaten an die Stelle von einzelnen verfassungsmäßig fundierte Körperschaften getreten sind. Eine solche Körperschaft ist der Deutsche Reichstag, und der soll sich jetzt zeigen, daß Vielherrschaft ein Uebel ist, und daß ein Führerwille, der einmal in Erscheinung getreten ist, sich nicht mit Halbheiten und Kompromissen begnügen darf. Sonst würde die Sache statt besser nur noch schlimmer. Die notwendige Entwicklung der deutschen Verfassung ist erst dann vollendet, wenn es auf die Frage: „Wer führt in Deutschland?“ nur eine Antwort gibt, und die heißt: der Deutsche Reichstag. —

### Die drei Fragen.

Der Reichstag hat die neuen 15 Milliarden Kriegskredite bewilligt und ist dann bis zum 26. September in die Ferien gegangen. Die Fraktionsführer, welche die interfraktionellen Beratungen der Reichstagsmehrheit fortsetzen und auch mit der Regierung weiter verhandeln, der Haushaltsausschuß und der Verfassungsausschuß, die an jedem Tage zusammenberufen werden können, sollen während dieser Ferien darüber machen, daß die Geschäfte im Sinne der Volksmehrheit geführt werden.

Der neue Kanzler wird während dieser Pause sein Ministerium bilden

müssen. Eine Entscheidung darüber, welche Minister gehen und bleiben, ist noch nicht getroffen. Wie der „Berliner Lokal-Anzeiger“ berichtet, will Michaelis erst darüber mit den Parteivorständen verhandeln, um möglichst Parteivertreter für einige Ämter zu gewinnen. Die Kandidaturen von Ginzke und Helfferich für das Staatssekretariat des Auswärtigen können als erledigt gelten. Helfferich will man freilich auf jeden Fall in einem hohen Reichsamt festhalten, weil man ihn für die Friedensverhandlungen und die dabei so wichtigen Wirtschaftsfragen zu gebrauchen glaubt. Auch das ist ein Stück der kranken politischen Logik in Deutschland: Selbman muß gehen, weil

er ein Hindernis für den Frieden sei, und Helfferich muß bleiben, weil er dafür unentbehrlich sein soll.

Drei Hauptfragen stehen im Mittelpunkt des Kampfes: das gleiche Wahlrecht in Preußen, die Parlamentarisierung der Regierung und die Friedensfrage. Die Wahlrechtsfrage ist einstweilen erledigt. Die Regierung wird das Gesetz über die Einführung des

Reichstagswahlrechts in Preußen

ausarbeiten und wohl zweifelsohne im Herbst dem Landtag vorlegen. Dann muß das Volk auf dem Posten sein und den nötigen Druck ausüben, daß es nicht etwa verschleppt oder verschlechtert wird.

Die Parlamentarisierung der Regierung scheitert einstweilen am Widerstand der Einzelstaaten. Aber weniger schuldig sind daran die Regierungen als die Parteien: Zentrum und Nationalliberale haben noch immer nicht begriffen, daß sie Bürde und Ehre der verantwortlichen Führung der Staatsgeschäfte voll übernehmen müssen. Aufzwingen kann man es einem Parlament nicht, daß es regiert; die Macht dazu muß es sich selber nehmen. Das Parlament hat auch in Deutschland die Macht, sobald es ernsthaft will. Die Zukunft wird die Mittelparteien in diesen Fragen auf den Standpunkt der Sozialdemokratie zwingen, genau wie das in der Friedensfrage geschehen ist.

Die Friedensentschließung des Reichstags nimmt die Formel des Arbeiter- und Soldatenrats, das

Friedensprogramm der Sozialdemokratie,

als Grundlage der Friedensverhandlungen an. Die Regierung und die Heeresleitung haben sich damit abgefunden. Unabhängige Sozialdemokraten und Annerzionisten vom Unabhängigen Ausschuss suchen den Eindruck zu erwecken, als ob darüber noch Unsicherheit bestünde. Im Schilde dieser Herren wird es wohl nie klar werden, aber über den Standpunkt der Reichstagsmehrheit ist vernünftigerweise nicht der leiseste Zweifel erlaubt. Wenn ein Beschluß angenommen wird, der besagt: „Der Reichstag erstrebt einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker; mit einem solchen Frieden sind erzwungene Gebietsveränderungen und politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar“ — welcher vernünftige Mensch kann dann noch zweifeln, was die deutsche Volksvertretung will? Die Resolution ist klar. In dem Michaelis seine Ziele dem „Rahmen“ dieser Erklärung anpasste, hat er sich unwiderruflich auf den Standpunkt der Annerziongegner gestellt. Argendeine Möglichkeit, seinen Willen so auszubringen, daß er nicht mißdeutet werden kann, besteht bekanntlich überhaupt nicht. Einen Saatz gegen Mißverstehen wollen hat noch niemand erfunden. Wäre der Beschluß des Reichstags aber wirklich zweideutig, würden dann die Annerzionisten so loben?

Die Eroberungspolitik brüllten aber vor der Abtinnung gegen den „Schmachfrieden“ und beschimpften nach ihr den Reichstag wie toll. Die „Tägliche Rundschau“ bezeugt ihm, daß auch er Deutschland nicht werde verderben können, selbst nicht durch solche schwarzen Tage. Die „Berl. Mitt. Nachr.“ erklären, daß er „ein ziemlich krautriges Bild“ gezeichnet habe, und die „Deutsche Zeitung“ sagt, ein Sobngelächter der Hölle werde losbrechen über dies schmutzende Geschlecht, das ein ragendes Zeichen seines politischen Unverständes aufgerichtet habe.

In der Friedens- und Wahlrechtsfrage ist der Regierung daher das Programm vorgezeichnet, in Sachen der Parlamentarisierung muß sie den richtigen Weg nach selber suchen, da der Reichstag ihn bisher nicht gefunden. Der neue Kanzler wird zu zeigen haben, welche Geschicklichkeit und Tatkraft er bei Durchführung dieses Programms einzusetzen vermag.

### Die „Unabhängigen“ und der Friede.

Die Unabhängigen haben es wirklich fertiggebracht, gegen die Friedensentschließung des Reichstags zu stimmen. Dabei muß selbst die „Leipziger Volkszeitung“ anerkennen: „Wir leugnen nicht ihre Bedeutung als Orientierungstafel; die Stellung, die die Parteien und die Regierung zu ihr einnehmen, ist wichtig und bedenklich für die weitere Entwicklung Deutschlands und des Krieges.“ Und sie gibt zu,

Provinz und Umgegend.

Wahlkreis Wanzleben.

Wiedorf, 20. Juli. (Eine öffentliche Versammlung.) In der Genosse Stadtrat Weims über Volksernährung im vierten Kriegsjahr reden wird, findet am Sonnabend den 21. Juli, abends 8 Uhr, im „Schwarzen Adler“ statt.

Langenweddingen, 20. Juli. (Eine öffentliche Versammlung.) In der Reichsgerichtsabgeordneter Silberf. m. d. d. Thema „Die gegenwärtige Kriegs- und Friedenslage“ behandelt wird, findet am Sonntag den 22. Juli, nachmittags 4 Uhr, im „Gasthof unter den Linden“ bei Fr. Braune statt.

Wahlkreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

Neuhaldensleben, 20. Juli. (Holzverkauf.) 480 Raummeter Eichenstämme werden am Dienstag den 24. Juli, vormittags 10 Uhr, in der Stadthof, Revier Wanzleben, Dahlenberg und Wolmirstedt, an hiesige Einwohner verkauft.

(Preisverzeichnis anhängen.) Da der Ausverkauf der Preisverzeichnisse im Laufe der Zeit aus den Schanzen der Lebensmittelhändler verschwunden ist, so wird mit einer Preisverordnung der Geschäftsleiter das Gedächtnis aufgefrischt.

Wahlkreis Halbe-Aschersleben.

Aschersleben, 20. Juli. (Diebstahl) begangen die Ehefrauen Elisabeth A. und Anna S. gewesen S. von hier, indem sie am 26. April d. J. einem Arbeiter 1 Zentner Kartoffeln entwendeten.

(Die Kartoffelbetrügereien) mehren sich. Täglich erfolgen in den Zeitungen Anzeigen, wo besondere Selbsterziehung angefordert wird, wer die Diebe nachweist.

Stappert, 21. Juli. (Kohlenversorgung.) Zur Umkehrung des Verkehrs an Hausbesuche haben die Hausbesuchsberechtigten über ihre Bewohnerschaften persönlich im Januar 12 des Monats (2. Stock) zu erklären nach der Reihenfolge der Anwesenheitsnummern, und zwar die hier erst genannten Nummern von 9 bis 12, die zu zweit genannten von 13 bis 16, nämlich am Montag 1—100, 401—600, Dienstag 801—1200, 1201—1600, Mittwoch 1601—2000, 2001—2400, Donnerstag 2401—2800, 2801—3200, Freitag 3201—3600, 3601—4000, Sonnabend 4001—4400, 4401—4800.

(Schwer- und Schwerarbeiter) können außer den üblichen 3 Pfund Kartoffeln noch je 2 Pfund zum Zwecke von 5 Pfund Getreide bei Getreide, Getreide, Getreide, Unverf.

(Selbsthilfe der Frauen.) Ein Gemüsehändler fuhr mit seinem Handwagen durch die Straßen und bot Mohrrüben jeil. das Bund, das ein Schock sein soll, aber selten ist, zu der Kleinigkeit von 1,50 Mark. Ueber diesen unbeschämten Preis gab es lebhafteste Auseinandersetzungen und kurz entschlossen fuhrten einige Frauen den Wagen mit seiner teuren Ladung nach dem Rathaus, wo ihnen recht gegeben wurde und wo die Mohrrüben nun zu 22 Pfennig das Pfund verkauft wurden.

Wahlkreis Stendal-Osterburg.

Zangermünde, 20. Juli. (Die Majjenerkrankungen.) Dem „Zangermünder Anzeiger“ wird zu den hier aufgetretenen Krankheitsfällen von sachverständiger Seite folgendes mitgeteilt: Nach dem Ergebnis der inzwischen eingegangenen bakteriologischen Untersuchungen handelt es sich höchstwahrscheinlich um Unterleibstypus. Erkrankt sind 50 bis 60 Personen einschl. der Verdachtsfälle, 28 befinden sich im Kaiser-Wilhelm-Krankenhaus.

Wahlkreis Salzwedel-Gardelegen.

Gardelegen, 20. Juli. (Kartoffelverkauf) auf dem städtischen Auktionshof am Sonnabend den 21. Juli von 8 bis 9 Uhr Nr. 601 bis 800, 9 bis 10 Uhr Nr. 801 bis 1050, 10 bis 11 Uhr Nr. 1051 bis 1300, 11 bis 12 Uhr Nr. 1301 bis 1600, 12 bis 1 Uhr Nr. 1601 bis 1900, 3 bis 4 Uhr Nr. 1901 bis 2200, 4 bis 5 Uhr Nr. 2201 bis 2500, 5 bis 6 Uhr Nr. 1 bis 300, 6 bis 7 Uhr Nr. 301 bis 600.

(Neue Kartoffeln.) Am Donnerstag gelangten bei dem Kaufmann Hermann in der Sandstraße neue Kartoffeln zum Verkauf. Infolge der für das Pfund 15 Pfennig verlangt wurde, war ein fürchterlicher Andrang zu verzeichnen.

(Zur Ablieferung der Stöcke) wird bekanntgemacht, daß es an der zwei Sammelstellen im Kreise nur eine Sammelstelle errichtet ist, und zwar bei G. Cohn, Hopfenstraße 8/9, wochentags von morgens 6 bis abends 8 Uhr geöffnet.

Kleine Chronik.

Schaffung einer Buchergesellschaft.

In seinem Kampfe gegen die Lebensmittelknappheit hat das Kriegswirtschaftsamt in den letzten Tagen durch Aufhebung einer oberhiesigen Getreidehändlerzentrale, deren Leiter er nach Berlin und Dresden ging, einen großen Erfolg gehabt.

Die Einzelheiten sind folgende: Das Kriegswirtschaftsamt hatte ermittelt, daß der Kaufmann Gerhard Oberländer in Berlin-Schmiedeburg seine Eigenschaft als Einziger für das rote Kreuz und für die Rote Kreuzverein u. dergl. dazu mißbrauchte, Lebensmittelknappheit für eigene Rechnung auszunutzen.

ante des Kriegswirtschaftsamts kann in Obersachsen anstellen führen zur Verhaftung des Oberländer und 18 weiterer Personen. In verschiedenen Orten und in verschiedenen Lagern, insbesondere in Weihen, Rastow und Königshütte konnten folgende Waren beschlagnahmt werden: 14 Zentner bester Marmelade, 70 Zentner Kriegsmehl, 32 Zentner Kaffee-Erbsen und 1 Zentner einer Bohnenkaffee, 1 Zentner russischer Tee, 18 Zentner Dörrengemüse, 75 Zentner Sauerkraut, 2 Zentner Pfeffergurken, 5 Zentner Aubergin, 1 Zentner Gurken, 3 Zentner Mehl, 3000 Dozer frische Gerste und Bismarckgerste, 1000 Dosen Delfardinen, 2 Dosen Gelberinge, 500 Dosen Fischkloppe, 15 Zentner Edamer Käse, 100 Dosen kondensierte und 350 Dosen sterilisierte Milch, 2300 Suppen- und Bouillontücher, 2 Zentner Kunsthonig, 3 Zentner graue Erbsen, 320 Zentner Seife, 34 Zentner Backmittel, 5 Zentner Tabak, 1000 Pakete Streichhölzer u. a. m.

Schweres Explosionsunglück.

Aus Wülthe (Muh) wird berichtet: Am Dienstag abend wurden auf der Füllstation der Thijffischen Fabriken durch eine Explosion 17 Arbeiterinnen getötet und 25 verletzt.

Bereins-Kalender.

Zentralkomitee der Böttcher. Sonnabend den 21. d. M. abends 8 Uhr, Versammlung Jaglosberg 9. Arbeiter-Turnverein, 2. Kreis, 2. Bezirk. Die Bundesturnfahrtteilnehmer mühen um 9 Uhr in Lützenhagen ein.

Wasserstände.

Table with columns for location, date, and water level. Locations include Bardubitz, Brandeis, Melmit, Leimertitz, Müllitz, Dresden, Doyau, Wittenberg, Rostlau, Alfen, Barby, Magdeburg, Zangermünde, Wittenberge, Lenzen, Barmitz, Dömitz, Bötzen, and Bohstorf.

Wettervorhersage.

Sonnabend den 21. Juli: Veränderlich, mäßig warm, teils nennenswerten Niedererschläge.

Standesamtliche Nachrichten.

Magdeburg, 19. Juli. Todesfälle: Witwe Dorothee Treubach, 73 J., 3. M., 29. E., Privatmann Christoph Kühn, 70 J., 9. M., 21. E., Friederike geb. Meie, Ehefrau des Invaliden Lorenz Spumny, 65 J., 9. M., 26. E., Schneiderin Maria Währig, 64 J., 5. M., Wilhelmine geb. Schmidt, Ehefrau des Blafmeisters Gustav Jagau, 57 J., 1. M., 14. E., Fräulein Robert Köbel, 48 J., 2. M., 18. E., Bruno, S. des Kaufmanns Bruno Stibale, 1 J., 4. M., 5. E., 33 J., 3. M., 18. E., Musikleiter Schlosser Ernst Grunhitz, 20 J., 9. M., 19. E., Cracau, 19. Juli. Todesfälle: Anfallsplögling Martha Wägig, 21 J., Anfallsplögling Verla Demmer, 62 J., Pionierklubdame Karl Rehrhof, 19 J., Ehefrau Anna Leicht geb. Kömmer, 56 J.

Stephanstheater. Sonntag 7 Uhr. Die bessere Hälfte.

ZENTRAL THEATER. Das verführerische Götter. Sonntag 7 Uhr.

Deutscher Metallarbeiter-Verein. Verwaltung Magdeburg. Sonntag den 22. Juli 1917, vormittags 10 1/4 Uhr. Generalversammlung aller Mitglieder unserer Verwaltungsstelle im Zirkus, Königstraße.

Städtisches Orchester. Vogelgesang. Grobes Konzert. Wilhelma. Gr. Extra-Militär-Konzert.

Viktoria-Theater. Die bessere Hälfte. Pension Schöller.

Tombild Backen. Versiegelte Lippen. Seine Referent.

Deutscher Holzarbeiter-Verein. Scharnhorst-Versammlung. Der neue Geschichts-Tag.

Kastan-Theater. Familien-Vorstellung. Viktoriatheater-Garten. Militär-Konzert.

Viktoriatheater-Garten. Militär-Konzert.

Palast-Theater Burg. Meister-Kriegsberichte. Zwischen 1/2 11 und 11 Uhr. Das Loch in der Pfanne. Doktor Rätke. Gr. Jugendvorstellung.

# Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur Ernst Blümmel, Magdeburg. — Verantwortlich für Anzeigen: Wilhelm Bismarck, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Franz & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprechnummer 1111. — Für Anzeigen 1567, für die Redaktion 1794, für den Verlag und die Druckerei 961. — Zeitungsbreite Seite 416.

Bezugspreis: Vierteljährlich einschließlich Zustellung 3 Mk., monatlich 1 Mk. Beim Abholen vom Verlag und bei Ausgabestellen vierteljährlich 2,70 Mk., monatlich 90 Pf. Bei den Postanstalten vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,00 Mk. ohne Postgebühren. Einzelne Nummern 10 Pf. — Anzeigengebühr: die gewöhnliche Kolonellspalte 25 Pf., Anzeigen von auswärts 35 Pf., im Restamertel Seite 1,05 Mk. Anzeigen-Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. — Postfachnummer: Nr. 5258 Berlin.

Nr. 169.

Magdeburg, Sonntag, den 22. Juli 1917.

28. Jahrgang.

## Wer führt?

Esyon in Friedenszeiten hat man das Deutsche Reich mitunter als eine musterhaft verwaltete Anarchie bezeichnet. Der Widerspruch, der in dieser Bezeichnung liegt, ist nur scheinbar. Denn Verwalten ist etwas ganz anderes als Regieren, ein gut verwalteter Staat kann miserabel oder überhaupt nicht regiert sein, und dann ist er eben trotz seiner guten Verwaltung eine Anarchie.

Wessen Willen gibt bei der Regierung des Deutschen Reiches eigentlich den Ausschlag? Wo sind zwischen Kaiser, verbündeten Regierungen und Reichstag die Grenzen ihrer Machtbereiche abgesteckt? Das

liegt gänzlich im dunkeln,

und der Wortlaut der Verfassung steckt einem darüber auch kein Licht auf.

Der Reichstag hat mit 212 gegen 116 Stimmen (das vereinigte Fünftel der Anexionisten und Unabhängigen) eine Resolution angenommen, die der Regierung für ihre künftigen Friedensverhandlungen Richtlinien vorschreibt. Diese Resolution bedeutet verfassungsrechtlich nichts, denn nach der Verfassung ist der Friedensschluß Sache des Kaisers. Tatsächlich bedeutet diese Resolution aber alles, denn keine kaiserliche Regierung wird bei künftigen Friedensverhandlungen imstande sein, anders als nach den Richtlinien des Reichstags zu verfahren. Man kann nicht von Regierungen wegen gewalttätiger Gebietsabtretungen und Kontributionen verlangen, wenn sich die eigne Volksvertretung gegen ein solches Verlangen ausgesprochen hat. Unsere alldeutschen Weltverschlinger zumal sind ja ganz gewiß besonders forschende Kerle, und kürzlich hat noch der Vizeadmiral außer Dienst Kirchhoff jeden als eine erbärmliche Philisterseele bezeichnet, der auf die Anexion von Calais und Boulogne verzichten wollte. Vorausgesetzt nun, daß dieser Herr solche Forderungen gegen England, Rußland, Frankreich, Amerika usw. durchzusetzen imstande ist — gegen den Deutschen Reichstag kann er es doch nicht. Allen anexionistischen Bestrebungen ist durch den Beschluß des Reichstags die Spitze abgebrochen, und sie wirken jetzt nur noch lächerlich.

Die Annahme des Friedensprogramms durch den Reichstag war also zweifellos

eine führende Tat.

Kann man aber deswegen sagen, daß der Reichstag wirklich die Führung der Reichsgeschäfte an sich genommen habe? Das ist keineswegs der Fall. Nach der Kraftprobe vom 19. Juli ist sofort wieder ein Rückfall zur Schwäche eingetreten, und der Reichstag hat sich, noch bevor die Konstitution der Regierung vollendet ist, bis zum 26. September vertagt. Die Sozialdemokraten hatten gegen diese Vertagung ihre Bedenken, handelten aber, nachdem der Beschluß des Letzten-Rates gefaßt war, wie es parlamentarischer Brauch ist, in seinem Sinn und ließen den Unabhängigen den billigen Ruhm, ebenso öffentlich wie nutzlos dagegen zu protestieren.

Einen Trost gewährt es, daß der Reichstag dem Präsidenten die Ermächtigung erteilt hat, ihn auch schon zu einem früheren Termin einzuberufen, falls sich das Bedürfnis dazu ergebe. Es ist also bei den gegenwärtigen ebr vermorrhien Zeitläuften durchaus nicht unwahrscheinlich, daß der Reichstag doch sehr bald wieder zusammentritt. Würde eine starke Gruppe des Parlament dem Wünsche nach einer früheren Einberufung energischen Ausdruck geben, so würde der Präsident ihm schwerlich widerstehen können. Die Regierung muß also mit der Möglichkeit rechnen, daß ihr der Reichstag ganz plötzlich auf den Kopf kommt, falls sich in den Ferien etwas ereignen sollte, was den

besondern Unmut weiter Volkskreise

erregt. Darum wird es, während der Reichstag vertagt ist, durchaus nicht so sein, als ob er überhaupt nicht vorhanden wäre.

Reichskanzler Michaelis hat in Aussicht gestellt, daß geeignete Persönlichkeiten, die das Vertrauen der Volksvertretung genießen, zu hohen Reichsämtern berufen werden könnten. Für Sozialdemokraten scheidet wohl eine derartige Ernennung nach beiderseitigem Einverständnis von vornherein aus. Aber auch bürgerliche Parlamentarier würden nicht, ohne den stärksten Widerspruch zu erregen, Reichsämter übernehmen können, solange nicht ihre selbständige Verantwortlichkeit vor dem Reichstag feststeht.

ist. Nach der bisherigen Auffassung sind die Staatssekretäre nicht die Kollegen, sondern die Untergebenen des Reichskanzlers. Es sollte keinem bürgerlichen Parlamentarier beifallen, seine Stellung als freier Volksvertreter aufzugeben, um in ein Untergebenheits-Verhältnis zum Reichskanzler einzutreten.

Michaelis hat nun die Frage, die über diesen Ausführungen steht, herzhast beantwortet, indem er versicherte, die Führung habe er. Das ist aber einstweilen eine voll-

unbewiesene Behauptung.

Richtig wäre sie erst, wenn der Reichskanzler seine persönlichen Auffassungen nach allen Seiten hin, besonders auch gegenüber der Krone und der Obersten Heeresleitung, durchzusetzen willens und imstande wäre. Ein Führer in diesem Sinne war Bismarck, er hat oft, um seinen Willen durchzusetzen, mit seinem König und mit der Heeresleitung gerungen, und er hat dabei Erfolg gehabt. Aber dieser Erfolg ist ihm nicht über Nacht gekommen. Den konnte er erst erringen, als er sich durch seine starke Persönlichkeit und sein Glück im eignen Volke wie im Ausland den Ruf eines großen Staatsmanns erworben hatte. Was Bismarck in seiner Blütezeit geleistet hat, kann ein neuer Kanzler nicht leisten, und träge sein Geist auch die Züge Bismarcks.

Dazu kommt, daß die Stellung des sechsten Reichskanzlers gegenüber dem Reichstag eine ganz andre ist, als die des ersten war. Der Reichstag war Bismarcks Geschöpf. Michaelis ist zwar nicht das Geschöpf des Reichstags, aber er kann doch nur so lange im Amte bleiben, als ihm der Reichstag bei der Führung seiner Geschäfte nicht ernste Schwierigkeiten macht. Das Führerverhältnis zwischen Reichstag und Reichskanzler hat sich sehr zugunsten des Reichstags verschoben.

Der Reichstag hat durch seinen Beschluß vom 19. Juli gezeigt, daß er führen kann. Jetzt muß er zeigen, daß er, was er kann, auch will.

Es geht nicht, am allerwenigsten in der gegenwärtigen Zeit, daß am Reichswagen ein paar Pferde vorne und ein paar hinten angehängt werden. Das homerische Wort, das die Vielherrschaft ein Unglück sei, und daß nur ein einziger regieren solle, trifft richtig verstanden auch heute noch zu, wo in allen zivilisierten Staaten an die Stelle von einzelnen verfassungsrechtlich fundierte Körperschaften getreten sind. Eine solche Körperschaft ist der Deutsche Reichstag, und der soll sich jetzt sagen, daß Vielherrschaft ein Hebel ist, und daß ein Führerwille, der einmal in Erscheinung getreten ist, sich nicht mit Halbheiten und Kompromissen begnügen darf. Sonst würde die Sache statt besser nur noch schlimmer. Die notwendige Entwicklung der deutschen Verfassung ist erst dann vollendet, wenn es auf die Frage: „Wer führt in Deutschland?“ nur eine Antwort gibt, und die heißt: der Deutsche Reichstag. —

### Die drei Fragen.

Der Reichstag hat die neuen 15 Milliarden Kriegskredite bewilligt und ist dann bis zum 26. September in die Ferien gegangen. Die Fraktionsführer, welche die interfraktionellen Beratungen der Reichstagsmehrheit fortsetzen und auch mit der Regierung weiter verhandeln, der Haushaltsausschuß und der Verfassungsausschuß, die an jedem Tage zusammenberufen werden können, sollen während dieser Ferien darüber machen, daß die Geschäfte im Sinne der Volksmehrheit geführt werden.

Der neue Kanzler wird während dieser Pause sein Ministerium bilden

müssen. Eine Entscheidung darüber, welche Minister gehen und bleiben, ist noch nicht getroffen. Wie der „Berliner Lokal-Anzeiger“ versichert, will Michaelis erst darüber mit den Parteivorständen verhandeln, um möglichst Parteivertreter für einige Minister zu gewinnen. Die Kandidaturen von Hinze und Helfferich für das Staatssekretariat des Auswärtigen können als erledigt gelten. Helfferich will man freilich auf jeden Fall in einem hohen Reichsamt festhalten, weil man ihn für die Friedensverhandlungen und die dabei so wichtigen Wirtschaftfragen zu gebrauchen glaubt. Auch das ist ein Stück der kranken politischen Laie in Deutschland: Bethmann muß geben, weil

er ein Hindernis für den Frieden sei, und Helfferich muß bleiben, weil er dafür unentbehrlich sein soll.

Drei Hauptfragen stehen im Mittelpunkt des Kampfes: das gleiche Wahlrecht in Preußen, die Parlamentarisierung der Regierung und die Friedensfrage. Die Wahlrechtsfrage ist einstweilen erledigt. Die Regierung wird das Gesetz über die Einführung des

Reichstagswahlrechts in Preußen

ausarbeiten und wohl zweifelsohne im Herbst dem Landtag vorlegen. Dann muß das Volk auf dem Posten sein und den nötigen Druck ausüben, daß es nicht etwa verschleppt oder verschlechtert wird.

Die Parlamentarisierung der Regierung scheitert einstweilen am Widerstand der Einzelstaaten. Aber weniger schuldig sind daran die Regierungen als die Parteien: Zentrum und Nationalliberale haben noch immer nicht begriffen, daß sie Würde und Ehre der verantwortlichen Führung der Staatsgeschäfte voll übernehmen müssen. Aufzwingen kann man es einem Parlament nicht, daß es regiert; die Macht dazu muß es sich selber nehmen. Das Parlament hat auch in Deutschland die Macht, sobald es ernsthaft will. Die Zukunft wird die Mittelparteien in diesen Fragen auf den Standpunkt der Sozialdemokratie zwingen, genau wie das in der Friedensfrage geschehen ist.

Die Friedensentscheidung des Reichstags nimmt die Formel des Arbeiter- und Soldatenrats, das

Friedensprogramm der Sozialdemokratie,

als Grundlage der Friedensverhandlungen an. Die Regierung und die Heeresleitung haben sich damit abgefunden. Unabhängige Sozialdemokraten und Anexionisten vom Unabhängigen Ausschuss suchen den Eindruck zu erwecken, als ob darüber noch Unsicherheit bestünde. Im Schilde dieser Herren wird es wohl nie klar werden, aber über den Standpunkt der Reichstagsmehrheit ist vernünftigerweise nicht der leiseste Zweifel erlaubt. Wenn ein Beschluß angenommen wird, der besagt: „Der Reichstag erstrebt einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker; mit einem solchen Frieden sind erzwungene Gebietserwerbungen und politische, wirtschaftliche oder finanzielle Zwangswaltungen unvereinbar“ — welcher vernünftige Mensch kann dann noch zweifeln, was die deutsche Volksvertretung will? Die Resolution ist klar. Indem Michaelis seine Ziele dem „Rahmen“ dieser Erklärung anpaßte, hat er sich unwiderruflich auf den Standpunkt der Anexionisten gestellt. Irigendeine Möglichkeit, seinen Willen so auszufrühen, daß er nicht mißdeutet werden kann, besteht bekanntlich überhaupt nicht. Einen Schutz gegen Mißverstehen wollen hat noch niemand erfunden. Wäre der Beschluß des Reichstags aber wirklich zweideutig, würden dann die Anexionisten so loben?

Die Eroberungspolitik brüllten aber vor der Abstimmung gegen den „Schmachfrieden“ und beschimpften nach ihr den Reichstag wie toll. Die „Tägliche Rundschau“ bezogt ihm, daß auch er Deutschland nicht werde verderben können, selbst nicht durch solche schwarzen Tage. Die „Berl. Mitt. Nachr.“ erklären, daß er „ein ziemlich trauriges Bild“ gezeichnet habe, und die „Deutsche Zeitung“ fragt, ein Hochgelächter der Hölle werde losbrechen über dies schwatzende Geschlecht, das ein ragendes Zeichen seines politischen Unverstandes aufgerichtet habe.

In der Friedens- und Wahlrechtsfrage ist der Regierung daher das Programm vorgezeichnet, in Sachen der Parlamentarisierung muß sie den richtigen Weg noch selber suchen, da der Reichstag ihn bisher nicht gefunden. Der neue Kanzler wird zu zeigen haben, welche Geschicklichkeit und Laikraft er bei Durchführung dieses Programms einzuweisen vermag.

### Die „Unabhängigen“ und der Friede.

Die Unabhängigen haben es wirklich fertiggebracht, gegen die Friedensklärung des Reichstags zu stimmen. Dabei muß selbst die „Leipziger Volkszeitung“ anerkennen: „Wir leugnen nicht ihre Bedeutung als Orientierungshafen; die Stellung, die die Parteien und die Regierung zu ihr einnehmen, ist wichtig und bedeutend für die weitere Entwicklung Deutschlands und des Krieges.“ Und sie gibt zu,



Deutsche Erklärung für Stockholm.

Am 20. Juli ging das folgende Schreiben über die Teilnahme von Partei und Gewerkschaften an der Stockholmer allgemeinen Sozialistenkonferenz...

Der Vorstand! Der Vorstand und die Delegation der deutschen Sozialdemokratie haben den Bericht über die mit der Delegation des russischen Kongresses...

Die deutsche Sozialdemokratie hat die in Deutschland vor-handenen annexionistischen Tendenzen seit Kriegsbeginn scharf bekämpft.

Die deutsche Sozialdemokratie hat bereits durch Beschluß ihres Vorstandes und Ausschusses vom 19. April ihr Einverständnis mit der Friedensplattform...

Die deutsche Sozialdemokratie ist bereit, die diesen Grundsätzen entsprechenden Beschlüsse der Konferenz anzuerkennen und durchzuführen...

Die deutsche Sozialdemokratie wünscht den Bemühungen der russischen Genossen um das Zustandekommen der Konferenz weiterhin den besten Erfolg...

Das Schreiben ist unterzeichnet für den Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom Abg. Genossen Fr. Ebert, für die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands vom Abg. Genossen C. Legien...

30000 Tonnen versenkt.

Amtlich wird unterm 20. Juli vom deutschen Admiralstabchef bekanntgegeben:

Neue U-Boot-Erfolge im Mittelmeer rund 30000 Brutto-Register-Tonnen. Unter den versenkten Schiffen befanden sich der bewaffnete tief beladene englische Dampfer „Haigh Hall“ (4809 Brutto-Register-Tonnen)...

Der Seefrieg.

Ausgeplündert. „Svobodna Dagbladet“ vom 18. Juli teilt mit, die englische Gesandtschaft in Stockholm habe am 17. Juli in einer Erklärung zugegeben...

Versenkt. Das dänische Ministerium des Meeres gibt bekannt: Der dänische Dampfer „Vesta“ wurde auf der Reise von Island nach England versenkt.

England und die neutrale Schifffahrt. Die englische Gesandtschaft in Stockholm teilt mit, daß die Bedingungen unter denen schwedische Schiffe an den englischen Häfen zurückkehren dürfen...

englischen Häfen zurückkehren dürfen, die folgenden sind: 1. Schwedische Schiffe, die in England liegen, dürfen abfahren, sobald entsprechende schwedische Schiffe als Ersatz angekommen sind...

Kampf mit einem U-Boot. Der britische Dampfer „King David“ wurde am 10. Juli von einem deutschen U-Boot nach zweistündigem Kampf versenkt.

Englische Verluste.

Am 18. Juli stellte der linksliberale Abgeordnete Duthwaite (Vertreter des Arbeiterwahlkreises Henley) eine Anfrage an die Regierung über die Größe der englischen Verluste...

Der Speaker (Präsident) unterbrach den Redner, gegen den sich auch viele Abgeordnete wandten und durch Lärmchläge seine Stimme überließen und ihn an der Fortsetzung seiner Anfrage behinderten.

Russischer Bericht.

Vom 19. Juli. Westfront: Unsere Abteilungen bemächtigten sich nach Nachtangriffen des Dorfes Nowica südlich Kaluzj, erlitten aber starke Verluste und zogen sich nach dem Gipfel des Dorfes zurück.

Flugwesen. In der Richtung auf Baranowitschi verbrannte ein feindliches Flugzeug eines unserer Lenkluftschiffe. Die Beobachter sind gerettet.

Notizen.

Finnlands Unabhängigkeitserklärung. Nach einer Meldung des Svenska Telegrambyran hat der finnische Landtag mit 136 gegen 55 Stimmen den Gesetzentwurf über die Autonomie Finnlands endgültig angenommen.

Frankreichs Sozialisten und die Stockholmer Konferenz. Als Ergebnis einer nahezu siebenstündigen Besprechung der französischen Kammer- und Abgeordneten...

In 40 Kilometern Breite.

W. L. D. Großes Hauptquartier, 21. Juli 1917. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern tobte auch gestern der Feuerkampf in nur zeitweilig nachlassender Heftigkeit.

Die in den Vortagen, blieben Vorstöße starker Erkundungsabteilungen mehrerer Stellen unserer Front für den Feind ergebnislos.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Nur im mittleren Teile des Chemin des Dames war die Feuerkämpfe stark; französische Angriffe sind bisher nicht erfolgt.

Die in den Vortagen, blieben Vorstöße starker Erkundungsabteilungen mehrerer Stellen unserer Front für den Feind ergebnislos.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Keine besonderen Ereignisse.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern. Unsere Angriffsbewegung in Ostgalizien hat den beabsichtigten Verlauf genommen.

Unter den eilig zurückgehenden russischen Kräften, von denen nur Teile bisher sich zu Nachkämpfen stellen, haben unsere Truppen in ungeheurer Nachdrängen in 40 Kilometern Breite die Straße Berezow-Zarnopol beiderseits von Jezierna überschritten.

Weitere Kämpfe werden erwartet.

Nördlich von Przesany nahmen österreichisch-ungarische Truppen die am 1. Juli verlorenen Stellungen nach hartem Kampfe zurück.

Südlich des Flusses wurde der Feind aus Babyn getrieben, bei Nowica stürzten deutsche und österreichisch-ungarische Regimenter die russischen Stellungen trotz hartnäckiger Gegenwehr.

Vom Stschob bis zur Ostsee steigerte sich vielfach die Feuerkämpfe, besonders Stärke erreichte sie zwischen Krowo und Smorgon und bei Dinaburg.

Front des Generalobersten Erzherzog Joseph. Im nördlichen Teile der Walfkarpn hat das lebhafteste Feuer angehalten.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen. Am untern Sereth sind die Russen und Rumänen tätig als bisher.

In der mazedonischen Front ist die Lage unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Möbel-Spezialhaus Friedrich Lorenz Peterstr. 17 Inhaber: Karl Beyerling Peterstr. 17 Großes Lager in Möbeln und Polsterwaren Spezialität: Bürgerliche Wohnungseinrichtungen

Eine vorzügliche Bezugsquelle für Arme-Uhren für Private und Wiederverkäufer bei einem Fachmann. Mit Reichtum zu Mt. 8.50 10.50 16.00 26.00 32.00 Für Uhren-Reparateure Uhren-Ersatzteile, Uhrgläser, Uhrmacherwerkzeug usw. H. Krell, Breitweg 35, I. und II. Etage

Schmier-Waschmittel markenfrei - schäumt und reinigt... M. Steiner, Magdeburg, Kaiserstraße 13. Fernsprecher 4331.

Dem Vaterlande gib deinen Goldschmuck! Die Goldankaufsstelle Große Münzstraße 5 und alle Filialstellen. Eduard Wild, Sallerbäder Straße 46









Gewerkschaftskartell Magdeburg.

Nach Entgegennahme einiger geschäftlicher Mitteilungen des Vorstandes nahm die Versammlung am 19. Juli ein Referat des Arbeitersekretärs Krüger über die Versorgung der Bevölkerung im nächsten Wirtschaftsjahr entgegen.

Die größten Sorgen der Daheimgebliebenen beruhen auf der Ernährungsbeschaffenheit. Als warnendes Beispiel stehen alle die Mäde des verflohenen Jahres recht eindrucksvoll vor Augen.

Der Referent schloß sich eine kurze Aussprache im Sinne des Referenten an. Dabei kam große Unzufriedenheit darüber zum Ausdruck, daß die in den Rüstungsunternehmen beschäftigten Personen erheblich günstiger gestellt sind als die andern Arbeiterkategorien.

Die auf dieser Sitzung getroffenen Beschlüsse sind: 1. Die Gewerkschaften sind außerordentlich günstig zu unterstützen.

Provinz und Umgegend.

Wahlkreis Ochersleben-Halberstadt-Wernigerode.

Halberstadt, 21. Juli. (Gewerkschaftskartell.) Zu der am Donnerstag einberufenen Sitzung waren außer den Gewerkschaftsvorständen auch die Ausschüßmitglieder aus sämtlichen Betrieben eingeladen.

den in der Eisenbahnerkantine die Nippchen das Pfund anstatt mit 50 Pfg. für 55 Pfg. verkauft, Knochen kosten dort heute noch 11 Pfg. statt 10 Pfg.

(Die Kartoffelversorgung.) Der Magistrat hat entsprechend der allgemeinen Versorgungsregelung mit Kartoffeln folgende Anordnung erlassen: Der Satz für die Versorgungsberechtigten wird auf fünf Pfund Kartoffeln für die Woche und den Kopf und für die Kartoffelzeuger auf ein Pfund für den Tag und Kopf auch aus der neuen Kartoffelernte festgesetzt.

(Das Lazarett bestohlen.) Die Ehefrau Anna Mansfeld war im „Kasino“-Lazarett beschäftigt und hat für sich und zwei andere Frauen ein ganzes Warenlager aus den Vorräten des Lazaretts an Lebensmitteln und Wirtschaftsgut zusammengehoben.

(Neue Lebensmittelkarte.) Die für den Verkauf von Tag bestimmte Lebensmittelkarte Nr. 89 verliert mit Ablauf des 23. Juli ihre Gültigkeit.

(„Ein“ Suppenwürfel.) Vom 24. Juli ab und an den folgenden Tagen kommen bei sämtlichen Kaufleuten auf die Lebensmittelkarte Nr. 119 Suppenwürfel zum Verkauf.

(Grudekoff.) Kofzabgabe erfolgt für die Kofzmarken Meibohm 2 und 4 Fuchshöhe K in den Kofzhandlungen von Dorendorf, Meibohm, Nisch. Auf jede Reihe wird 1/2 Zentner, zusammen also 1 Zentner Grudekoff verabschiedet.

Altenburg, 21. Juli. (Im das Samlern von nicht-rationierten Lebensmitteln, insbesondere von Gemüse, durch die Fremden zu unterbinden, ist vom Gemeinde- und Gutsbesitzer eine Verordnung erlassen worden, wonach die Abgabe der in Betracht kommenden Waren durch Händler nur gegen Vorzeigung der Lebensmittelkarte — Fremde besitzen solche nicht — abgegeben werden dürfen.

Wernigerode 21. Juli. (Gegen den Gemüsekauf durch Fremde.) Die Polizeiverwaltung hat den Gemüsehändlern unterstellt, an Fremde, die keinen eigenen Garten haben, zu verkaufen.

Wahlkreis Jerichow 1 und 2.

Burg, 21. Juli. (Arbeiter-Jugend.) Am Sonntag Spieldausflug nach Madel. Treffpunkt 1/2 Uhr am Jerichow Tor.

(Wettgerische Kartoffelhandlerin.) Die verheiratete Ida Krüger von hier wurde vom Schöffengericht wegen Betrug zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt, weil sie beim Verkauf von Kartoffeln durch falsches Abwiegen ein höheres Gewicht berechnete und statt 10 Pfund nur 8 Pfund verabschiedete.

Genthin, 21. Juli. (Den Hof zum Gärtner geehrt.) Der Nachwächter Theodor Jenz von hier vermahnte im März einem Lieber den gestohlenen Treibriemen im Keller und verpackte ihn später zur Weiterbeförderung nach Berlin.

Genthin, 21. Juli. (Schlenkeder.) Dem Kreise steht wieder ein beschränktes Quantum Schlenkeder zur Verfügung, welches an die bedürftige und minderbemittelte Bevölkerung gegen Bezahlung abgegeben werden soll, und zwar zum Preise von 1 Mark für das Paar Sohlen einschließlich der Absatzlede.

Wahlkreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

Neuhaldensleben, 21. Juli. (Frühkartoffeln.) Eine freudige Nachricht verbreitete sich in den ersten Tagen der Woche ohne besondere Bekanntmachung in der Stadt, nämlich, daß bei einem Händler täglich größere Mengen Frühkartoffeln eintrafen und täglich verkauft werden.

Wahlkreis Kalbe-Ochersleben.

Ochersleben, 21. Juli. (Zur Regelung der Kartoffelabgabe.) schreibt der Magistrat: Landwirte und Händler dürfen bis auf weiteres pro Einheit nicht mehr als drei Pfund Frühkartoffeln auf einmal pro Woche abgeben.

sondern Ausschluß zur Prüfung vorgelegt werden sollen. Die Anträge können nur in besonders gearteten seltenen Ausnahmefällen Erfolg haben.

Stahfurt, 21. Juli. (Als Hilfsfeldhüter) sind bestellt Materialwarenhändler Beyer, Gastwirt Dierkopff und Barbierherb Weinhold.

(Auch die Glocken der Petrikirche) haben am Freitagabend ihre Grabgeläut angestimmt, um am Sonnabend abgenommen zu werden.

Schönebeck, 21. Juli. (Berichtigung.) Von der Firma J. G. Dümling erhalten wir folgende Berichtigung: „Es ist unrichtig, daß die Firma J. G. Dümling in Schönebeck Kohle nur an ihre Kunden und an solche Käufer, die schon bezahlt hatten, abansahen lassen.“

Wahlkreis Stendal-Osterburg.

Stendal, 21. Juli. (Beschlagnahme der Frühkartoffeln im Landkreis.) Die Frühkartoffeln werden nach einer Verordnung des Kreisaußschusses, soweit sie nicht von der Provinzialkartoffelstelle beansprucht werden, für den Kreis kommunalverband des Landkreises Stendal mit Beschlagnahme belegt.

Wahlkreis Salzwedel-Gardelegen.

Gardelegen, 21. Juli. (Kreisfleischer.) Am Donnerstag fand im „Deutschen Hause“ eine von der Kreisfleischereistelle einberufene Versammlung der Fleischmeister des Kreises statt.

Kleine Chronik.

Der neueste Francobrief.

Die Frau erobert sich einen Beruf nach dem andern. Der neueste ist der des Einbrechers. So „arbeitete“ ein Einbrecher Otto Bühlke in Berlin schon mit weiblichen Gehilfen.

Briefkasten.

Th. K. Die staatliche Familienunterstützung wird noch für einen halben Monat nach der Entlassung von Militär gewährt.

H. K., Kolbitz. 1. Ihr Sohn braucht keine Steuern zu bezahlen, da er kein Einkommen hat.

Wasserstände.

Table with columns for location, date, and water level changes. Includes locations like Grochitz, Trotha, Fernburg Untp., Kalbe Oberpegel, Kalbe Unterpegel, Orzechne, Harburg, Brandeis, Melnik, Weimeritz, Aufjig, Dresden, Torgau, Wittenberg, Ostlau, Apen, Nienau, Magdeburg, Jangermünde, Wittenberge, Zenz, Farnitz, Lärchau, Weizenburg, Hohndorf.

Wettervorhersage.

Sonntag den 22. Juli: Hoch unbeständig, vorwiegend trocken, tagsüber etwas wärmer.

Standesamtliche Nachrichten.

Magdeburg, 20. Juli. Todesfälle: Witwe Emma Rosenbauer geb. Laas, 78 J. 9 T. Privatmann Andreas Schönfuß, 76 J. 2 T. Witwe Luise Bader geb. Gramert, 69 J. 1 T. 2. Brautpaar Auguste Fischer, 55 J. 2 W. 9 T. Heinz, S. des Arbeiters Hiltz Bauermeister, 3 J. 5 M. 8 T. Otto, S. des Hausdieners Otto Hahn, 11 M. 1 T. Kurt, S. des Arbeiters Franz Symonwal, 7 M. 10 T.

